

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 497.

Halle, Mittwoch, den 23. Oktober.

1918.

Die neue Kanzlerrede.

Rechts- oder Gewaltfrieden — ein noch unentschiedenes Problem. — „Nicht kampfslos beugen wir uns einem Gewaltfrieden“. — Nationale Selbstüberwindung. — Abkehr von alten Wegen in der Außen- und Innenpolitik. — Zubringer neuer Volkkräfte. — Einigkeit aller verfassungsmäßigen Instanzen.

(Eigener drahtlicher Reichstagsbericht der „Saale-Zeitung“.)

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Prinz Max von Baden, von Paner, Graf Hoeben, Rüdlin, Groeber, Scheibmann, Kaufmann, Erzberger, Trimborn, Scheuch, von Mann, von Breitenbach, Dr. Solf, Bauer und Schifer.

Präsident Helfferich eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr und teilt mit, daß er der Kaiserin zu ihrem heutigen Geburtstag die Glückwünsche des Reichstags ausgesprochen habe. Das Saus erbt dann das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Grabst (Vole). Auf Vorschlag des Präsidenten werden die kleinen Anfragen, die auf der Tagesordnung stehen, abgelehnt und ihre Beantwortung bis zum Freitag vertagt.

Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Bundesrats zu vorkriegsrechtlichen Maßnahmen für die Uebertragung von Rechten wird auf Antrag des Abgeordneten Dorn (fr. Wp.) dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überliefert.

Zur Beratung gestellt werden dann

die neuen Gesetze zur Abänderung der Reichsverfassung.

d. h. der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Witztung des Reichstags bei Kriegserklärungen und beim Friedensschlusse. Im Anschluß an diese Vorlagen findet eine allgemeine politische Aussprache statt. Der Präsident erteilt sofort das Wort dem Reichskanzler.

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Seitdem ich zum erstenmal zu Ihnen sprach, sind infolge der Reichsrevolution, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen des Präsidenten Wilson Gesetzentwürfe. Unsere unabweisliche bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gefloren notwendig geworden.

Meine Herren! Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Ausichten die Regierung für das Gelingen des Friedensvertrages zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierbei nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Genite der Stunde entsprechende Beschränkung anerkennen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angeredet worden. Diese Debatte gibt den Aeußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhte Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses sagen:

Die erste Antwort des Präsidenten in allen Friedensschritten der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Meinungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgetragen wird, wie er auch in gleicher Weise bei uns ausgetragen werden mußte. Auf der einen Seite erheben die Jünglinge lauter denn je ihre Stimme, die sich erheben, der Augenblick sei da, in dem sie alle die angesammelten Lebenskräfte, den Haß und die Rachlust auf den Boden unserer deutschen Heimat stellen können, auf der anderen Seite sind sich die aufstehenden Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute keine entscheidende Probe besticht. Dieser Grundgedanke lautet:

Es liegt dem einzelnen Staat oder Völkergewalt es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihm vertretenen Rechts gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Willkür und Energie der Versuch gemacht werden, auf dem Boden freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen. Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden.

Wir können die feindlichen Gemüthen erkennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen. Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke seine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen; bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten kügen:

Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes,

das bis zum Aeußersten geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufstehen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes jenseits darsteht, als sie für den Frieden handelnd eingreift. (Beifall.) Wer sich endlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampfslos dem Gewaltfrieden zu beugen. (Beifall, Zustimmung.) Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Bezeugung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (Sehr richtig!) und würde vom Jorne der Desfentlichkeit hinweggeführt.

Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen: Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: Wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Frage des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir jetzt für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und regewohntes Volk; denn

die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden.

Sätze, die mir als für uns möglichen angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets. Mir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschfeindliches Tribunal bedeute. Wenn dem so wäre, warum schenken denn dann alle die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer wie der Schutzdicke des Gerichts? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund.

Der Völkerbund kann aber nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Politiker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufstellen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen.

Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Vertragen wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig!) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lagern wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses suchdürftigen Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstreben unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.) An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem jählichen Entsat, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Entsat ist. Wir brauchen nur auf die Zeit vor zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Kriegsziele für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen befruchtenden Aufgabe. Ich möchte meine Worte zitieren, die ich am 19. Februar sagte: Der große Bolschewismus, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kräftequellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken an

eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird.

Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampfe aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gemachtem sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von alten Wegen bedeutet. (Bravo!)

Damit bin ich zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volkswertretung Rechenschaft schuldig bin. Meine Herren! Ich habe Ihnen schon am 5. Oktober die allgemeinen Grundzüge dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedanke und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Durch diese Grundzüge geleitet, habe ich mit meinen Mitarbeiter die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freigelegte Zustände herbeiführen sollen. Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung so weit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wohl gesichert ist. (Beifall, Bravo!) Dem Reichstage liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsgesetzen her freieren sollen, die ich noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichspolitik einzutreten, ohne ihre Reichstagsmandate zu verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll, wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordert. Der Entwurf schlägt ferner eine Veränderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede halten können, ohne zugleich ein Mitglied zu sein. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als

Zubringer wertvoller, bisher brachliegender Volkkräfte

nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg geborener Führer aus allen freien Berufen wird dadurch noch verstärkt. Im Zusammenhang hiermit liegen die Vorschläge zum reiblichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Befähigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Kanzler der Staatssekretäre im Amt bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig!) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine neue Einrichtung des öffentlichen Lebens befruchtet und veredelt wird, und ich hoffe deshalb, dem Reichstage das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können. (Bravo!) Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichsländern

zur Folge gehabt. Die Statthalterhaft in Elsaß-Lothringen hat ein Ende genommen. Ein Vizepräsident ist zum Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weitere führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtags eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es der Desfentlichkeit darlegen wird.

Der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikels 12 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag als die berufene Volkswertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei der Frage von Krieg und Frieden, ein volles Mitspracherecht hat. (Beifall, Bravo!) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reichs und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Die Bürger sollten nicht verärgert werden, wenn auch

Die Bündnisverträge

der neuen Bindung unterworfen würden. Auch zu einer solchen Erweiterung der Volksernte wird die Reichsregierung

g-
vrb
st-
yter
mb
ben
tell-
eute
über
ung
weis
ren,
fren,
das
me,
ines
raf-
fict
stift-
eine
re-
stiev
gr-
rief
mit
gen
agu
ere
ber
zu
ar-
ge-
die
ben
des
ber
des
ber
un-
ni-
gu
n.
ab
a
b-
n.
4
6-
8-
9-

Wenn die Hand wieder, wenn der Wille und praktische Gestaltung gewandt. Solange darüber noch kein Willens ist, nicht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Notstand geraten. Hat aber der Wille und alle geheimen und öffentlichen und vertraglichen Abreden bezüglich, so wird der Artikel 1 auch in dieser Richtung ausgeübt werden können. Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der Staatsbürgerfreiheit zur Folge gehabt. Dessen vollständige Wiederherstellung wird uns der Frieden bringen; die außerordentlichen Maßnahmen der Kriegszeit sind noch nicht endgültig und können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichstagler ausgeübt werden, der für die Ausführung des Reichstages verantwortlich ist. Unzulässige Gärten sollen durch Vermieden werden. Die Anordnung des Reichstages des Kaisers, die im am 5. Oktober anfindige, ist inzwischen ergangen und umfasst nicht allein nur Maßnahmen aus dem Gebiete der Justiz, des Vereins- und Vereinsvereinswesens und der Bestimmungen der persönlichen Freiheit, sondern sie erstreckt sich auch auf die gesamte Tätigkeit der vollenständigen Gewalt, auch auf den Arbeitsgebiet der Wirtschaft und Sozialpolitik. Einzig für die lokale Militärverwaltung über nicht der Zivilverwaltungsbefehle, ist es unerlässlich die Entscheidung des Oberbefehlshabers anzunehmen, und dieser kann seine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch einen Vertreter angeordnet habe. Als mein Vertreter hierfür ist der Staatssekretär Gröber in Aussicht genommen. Da der Oberbefehlshaber annehmend die Erlaubnis erlangt hat, nur mit meiner Zustimmung allgemeine Grundzüge festzusetzen, so ist darüber, daß der Weg der Erlaubnis zu stand in dem Geiste gesandt wird, in dem ich die Leitung der Reichsregierung übernommen habe.

Auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die Regenerierung von Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhang mit Kriegseinsparungen, Strafenurteilen und ähnlicher Vorfälle verurteilt worden sind. Eine weitgehende Amnestie für diese Verurteilten ist vom Kaiser bei sämtlichen Bundesregierungen angeregt worden und in der Ausführung begriffen. (Weiß) Bis heute haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit wiedergewonnen. (Weiß) Wünschen von ihnen konnte die Regierung erst nach Überwindung enger materieller Sorgen die Freiheit wiedergeben, aber die Überzeugung von der Heiligkeit einer Politik des Vertrauens hat den Ausschlag gegeben. (Weiß)

Alle verfassungsmäßigen Funktionen einmütig

ausgeübt. Sie haben sich damit auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen neuen Regierungsform gestellt. Wenn Sie, woran ich nicht zweifle, den Vortagen auch Ihre Zustimmung erteilen, so wird die Vollregierung seit in dem Reichsgebiete veranlagt werden.

Ich weiß, daß ein Rückschl auf die politische Seite der denkwürdigen drei Oktoberwochen sehr verschiedene Stimmungen bei Ihnen auslöste. Dem einen wird es als der ungünstige und unbedingte Kauf auf der höchsten Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als das zögernde Töten nach neuen Staatsformen. Beide Stimmungen müssen ihren Ausdruck finden; das ist das Recht und die Aufgabe jeder Opposition, die wir auch unter der neuen Regierungsform nicht entbehren können.

Gegenüber der Weisheit des Reichstages aber stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziele als auch in der Art, in dem wir ihn nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. (Weiß) Bei der Weisheit.

Wir und meinen Mitarbeitern steht dieses Ziel als Leitlinie unerschütterlich vor Augen. Gewiß, die einzelnen Mitglieder der Regierung sind unvollständig von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Aber sie verfolgen dieses gemeinsame Ziel mit derselben Einteilung und deshalb haben sich unsere Wege auch immer mehr einander genähert. Das deutsche Volk ist

seit langem im Saate, nun soll es teilen. (Weiß) Bei der Weisheit.) Unser Volk hätte schon längst eine Reihe von Reformen, um die es wüßte seiner politischen Teilhabe berechtigt hat. Die deutsche formale Selbstverwaltung war von jeder in jeder Hinsicht vorbildlich auch für andere Völker. (Sehr richtig) Das Reichstagsgesetzrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, und der Reichstag, der so weit gewährt war, besaß stets das politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk mochte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Wer eine Geige gespielt erhält, ist noch kein Meister des Geigenspiels. Er muß seine Fähigkeiten erst üben. Auch das deutsche Volk hat sein Instrument nicht immer mit voller Kraft zu spielen geübt, weil es die Möglichkeit der eingesetzten Verwaltungen gern gewährt ließ. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einseitigkeiten außerhalb der Politik.

Nicht der Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern dem Mangel an politischem Willen verdankt es das deutsche Volk, daß es so lange als der Überbleibsel galt. (Sehr richtig)

Seit dem Juli 1917 teilte der Entschluß zu politischer Verantwortung am Ende September 1918 kam er zum Ausdruck. Jetzt soll dieser Entschluß gesetzliche Form erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und die Dauer des neuen Systems. Wirksam hierfür ist die entscheidende Wendung in der

Charakter-Entwicklung des deutschen Volkes,

die nach allen Leistungen dieses Krieges, nach all den großen Taten und den großen Opfern unaussprechlich geworden war. (Sehr richtig) Bei der Weisheit.) Darin liegt eine bestete unveränderbare Garantie alle in irgendwelchen Gesichtspunkten, und darin liegt ich die Vorgehens und die Kraft der neuen Regierung. Hieraus ergibt sich für mich eine klare Hauptaufgabe für alle unsere Maßnahmen. Wir dürfen nicht um des Friedens willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Heer zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Überzeugung steht und die nicht der Ausdruck unserer Eigenart sind. (Sehr richtig) Kaum man dem neuen System diesen wichtigsten Charakter, so nimmt man ihm den Stempel der Unveränderlichkeit, ohne die diesen neue System, das jetzt seine erste Probe ablegt, aber nicht beisehen kann. Der gemaltige Ruf, den Rüste in schwerer Zeit an die Deutschen richtete, ergab auch an uns: Erhalten auch als Volk für die Aufgaben der der Welt, die nur die lösen kann. Denn jedes Volk hat Aufgaben, die ihm vor anderen gestellt sind. Es liegen noch Schätze in der Tiefe unseres Volkes, die nur

Die neue Freiheit

haben kann. Die Stunde im Leben der Deutschen, die als die Zeit der größten Niederwertigkeit erschien. Ni noch immer die Geduldlosigkeit neuer Geisteskräfte gewesen. Um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unter Hausrecht machen können.

Vor den Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die sich gegen eine Übermacht erheben und die wir gegen ungerechte Anklagen in Schutz nehmen. (Weiß) Man soll nicht glauben, daß man unser Herz erlebigen kann, ohne unsere Werte an die Ehre zu greifen. (Weiß) Söllime Einzelheiten und Maßnahmen hat es in jeder Weise gegeben, aber gerade der Geist des Volkstrotzes lehnt sie ab. Als die Worte gesprochen wurden, daß der Geist des Meeres Kreuzes gerade so gut zu einem rechten Heere gehört wie der Offenheit, kam übermächtige Zustimmung aus den Reihen der Armeen, und es kamen Bekäftigungen von heimischen Soldaten aus feindlichen Ländern, die gegen Deutsche gestampft hatten. Unsere Soldaten haben es heute sich selber schwer. Sie kämpfen in der Sorge um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden. Aber sie halten stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir helfen ihnen zu; die Heimat läßt euch nicht im Stich. Was nur ein Volk auch geben kann, das soll euch werden. (Stürmischer Beifall)

Abg. Herold (Str.): Wir können den bedeutungsvollen Ausführungen des Reichstages vollkommen zu. Die neue Regierung ist das ausschließliche Organ des Volkswillens. Die vorliegenden Gesetzentwürfe haben wir für nicht geringen Scher Krieg, der Beteiligungs- oder Antrittsfähigkeit muß abhängig von der Zustimmung der Reichstages sein.

Abg. Ebert (Str.): Wir billigen die Antwort der Regierung auf die Willenslosen Gegenfragen. Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Hat der Reichstag bei Ernennung und Vereinfachung des Reichstages Mitsprache? Erst dann ist die parlamentarische Regierungsform gesichert. Die ableistende Stellung des Großen Generalsstabes ist nicht mehr haltbar, und auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr. Deutschland muß freiwerden oder untergehen. Wir bekennen uns, genau wie am 4. August 1914, zur Landesverteidigung, solange es nottut. Wollen die Gegner uns freistellen, so tun sie ihnen denn zu: Jede Anrechtenschaft hat ein Ende.

Abg. Naumann (Str. Sp.): Der Reichstagler will die Nation nicht blind zum Verhandlungsstisch führen. Auch mit dem alten Grundgedanke des blinden Vertrauens soll abgebrochen werden. Die deutsche Regierung hatte in diesem Kriege der Einseitigkeit entbehrt und dadurch das deutsche Volk in den Ruf der Unerschlichkeit gebracht. Aber unerschlich war es nicht. Nur unorganisiert. Auch in der Regierung kämpften zwei Richtungen gegeneinander:

Bethmann Hollweg und Tirpitz.

Der Zusammenbruch des alten Systems ist da. Die neue Zeit müssen wir beginnen mit dem Aufbau der Stellung des Reichstages, namentlich seiner Verantwortlichkeit. Während bisher Parlamentarier, die in die Regierung übernommen wurden, den Zusammenhang mit ihrer Partei verloren, werden künftig die Jüden hinüber und herüber gehen. Das obere Geschicht der neuen Regierung muß sein, Zweckbewußtheit zu vermeiden. Eine Nation der Arbeit und des Denkens ist nicht tot zu machen. Das geht nicht. Aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn die Gegner nur wollen. (Weiß) Bei der Weisheit.)

Abg. Dr. Stresemann (Str.): Der Friedensfortschritt der Regierung wird uns gesichert. Unser Herz leidet in diesem Augenblick, wo es nicht zu liegen vermag. Unmensliches. Das Blut, das weiter vergossen werden muß, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens möchte ich nicht sprechen. Die Geschichte wird zeigen, wie weit der Friede von Bularien da mitpricht. In Deutschland ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Deutsch-Österreich wird stets ein fester Hort deutschen Empfindens und wird es bleiben, und Ungarn wird niemals eine Tat der Untreue gegen Deutschland begehen. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Nach den beispiellosen Erfolgen unserer Truppen hatten wir ein Recht dazu.

Wittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was wir an Schaffung von Leuten und U-Boten hätten leisten können, und daß nicht alle Kraft ausgezehrt wurde. (Sehr richtig) Zusammenfassend ist das ganze System der Geheimnisse.

Wir sind und bleiben Monarchisten. Wir sind aber überzeugt, der Monarchie am besten zu nützen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitarbeiten. Wenn das Geschick unseren Untergang beschließen hat, so kann er nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. (Weiß)

Abg. Graf v. Helldorf (Konf.): Wir sehen in der neuen Entwicklung nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung. Die Regierung wird lediglich ein Vollzugsorgan des Reichstages. Wir schämen uns aber gerade in der jetzigen schwersten Zeit, wenn wir die Tätigkeit des Generalsstabes unter die Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Verantwortung für diese Entwicklung ab, wie wir die vorliegenden Veränderungen nicht mitmachen. Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig und auch nicht notwendig. Auch wir würden von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und will aber nicht zur Kapitulation gezwungen werden. Es ist nicht bereit, Bedingungen anzunehmen, die mit seiner Ehre und den Bedingungen des Geisteslebens unvereinbar sind und die Zukunft und Selbstheit des Reiches bedrohen. Wir sind pessimistisch und glauben, daß wir auch trotz der neuen Antwort zur Fortsetzung des Kampfes gezwungen werden. Unser Heer muß durch Zufuhr neuer menschlicher und moralischer Kraft gestärkt werden. Wir beantragen daher eine

Die schöne Unbekannte.

Eine lustige Geschichte von Elisabeth Völkler.

8. Fortsetzung. (Händchen verhehlen)

Er betrachtete sie gedankenvoll eine Weile, dann sagte er, sich nachdenklich im Bärtchen irreziehend: „Höre, Margot, amolst ist der Tod, was gibtst du mir dafür, wenn ich dir aufhabe von dem Ätzene meiner männlichen Würde herabzuziehen.“

„Den Schiller, Heinz“, war die rasche Antwort. „Du weißt, mit ich er ans Herz gewachsen, aber du sollst ihn haben.“

„Neh, mehr, Margot, Mele höheren Kreis!“
„Ein kleiner Bildstreich ist von der Geit.“
„Wißt du die Bildermappe zum Trompeter?“

„Heine sing an, sang die Melodie von dem bekannten Trennungsbild zu spielen.“

„Nein, nein, Margot, ich begreife deine irdischen Schätze nicht, ich will mehr, viel mehr. Ich will jetzt weiter keine Erpressungsverläufe machen. Hier meine Hand darauf, rede am Montag auf mich und das glänzende Gewand. Aber verlass dich darauf, daß noch Jahr und Tag vergeht, ehe ich dich an das Verschreiben erinnere: aber ich fordere energisch die Belohnung meines treuen Ritterdienstes von dir. Wißt du dann diese Stunde nicht vergessen?“

„Ich verpriebe es dir jetzt; bitte, lieh aber mal zu, ob ich der Lantz noch Lebenswohl sagen kann; ach, ich möchte dir Dinge so gern selber sehen, aber...“

„Nein, das darfst du nicht belüsten Eltern antun; im übrigen würde ich es gar nicht erlauben. Auch ich es noch fraglich, ob es deinen ärmlichen Eltern angenehm wäre, wenn du nach Mama sprichst, die eben die Patientin zu Bett gebracht hat.“

„Meinst du? Warum hast du denn das nicht eher gesagt?“ fragte sie.
„Das möchtest du wohl wissen; jedenfalls wärst du dann

fortgerannt und wir hätten unseren vorzüglichen Kontakt nicht mehr zustande gebracht.“

Margot hielt es nach dieser Erklärung für das angemessene, dies sofort zu tun.

Ihr übermütiger Vetter aber sah ihr, das schöne Lied: „Nanon, zu dir ist mein liebster Gang“, zehrend, vom Rindfleischhändler aus, solange er noch einen Zipfel ihres nachwachsenden Schiefers sah.

Die Kenner des am Dampfschele belegenden Reinfeldchen Hauses waren schon lange festlich erleuchtet. Ein Lohnbiener stand vor der Tür, um die in den Hof rollenden Wagen oder vielmehr deren Insassen in Empfang zu nehmen.

Der Herr Geheimrat und seine Frau Gemahlin waren schon in voller Felleite und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Da, der erste, zweite, dritte Wagen folgten rasch hintereinander. Das Herr der Eigentümerinnen, Blumenmädchen und Gattinnen, das Manns Wesen schon der armen Hertha so schön geschmückt, wurde durch Korridor und Garterrasse, vorläufig noch in Fledermaus und Schals, dann aber im strahlenden Jugendglanze der Gewandung in die Gesellschaftsräume. Gerade auf des Eherkommen dieses schönen Blumenstranzes legte man großes Gewicht.

Die Geheimrätin im bunten Seidenfelle sah wie ein Rabe unter lauter Wäusen aus und machte ein süßsaures Gesicht.

„O, gnädige Frau, auch Sie hätten anstatt der Mode der Götin Wäntelchen hübsigen müßen; ein König und eine Königin sehten uns gerade noch“, flüsterle eine reizende rosa Schärerin.

„Ja, des sehte auch noch“, dachte die Angeredete, sagte aber laut: „Sie wissen doch selbst, Fräulein Menges, daß ich keinen Scherz inkommodiert zu werden, ihn bewilligt habe. Die anderen Damen sind doch auch rechtlich bewachtigt.“

„Gewiß, gewiß, gnädige Frau“, und die rosa Schärerin häupte davon zu ihren holdseligen Gefährtinnen.

Die Vermittler, sie hatte, noch ehe einer der Herren den Saal betreten, schon die erste Enttäuschung erlebt; die zweite sollte gleich folgen.

Eine häßliche Frau legte ihr die Hand auf die schmalen Schultern. „Kommt Hertha Mariusin wirklich?“

„Ich bitte dich, Laura, die liegt ja krank zu Bett.“

„Wachere, ich höre eben durch Fräulein Ledmann, die Krankheits list nur ein leeres Gerücht. Fräulein Ledmann kam in Gestalt einer etwas langweiligen Königin der Nacht herbeigekommen; durch Nennung ihres Namens hergeleitet, bellte sie, daß sie es aus nächster Duelle von Fräulein u. Wäulen erfahren, ihre Kouline würde kommen.“

Doch selbst keine Zeit, weiter darüber zu verhandeln; ein neu hinzugestretes Pflidermädchen erklärte, die Herren müßten jeden Augenblick erscheinen, ihr Wagen sei schon ganz nahe. Eine Bewegung ging durch die hohen Kinder.

„Die Herren“, flüsterle hier und da argeregt eine Stimme hinter der Masse.

Der Kielen-Omnibus, der die meisten der Herren gleich im ganzen ihrem Bestimmungsorte zuführte, taufelte gleich über den Dampfl, wo er freilich noch einige Gäste aufnehmen hatte. Man war immer noch der Meinung, daß dieser Mastenherg ein schlechter Spaß sei, hatte sich aber doch einigermaßen doringeführt. Nur zwei Herren schämten wie die Hochspringer.

Kollow Mariusin hat auch noch sein Kommen unbekannt gelassen“, sagte der eine.

„Das Schlawe, was er tun konnte“, der andere.
„Ja, Sollege Heinrich hat einmal ein Haar in Mastenhergen gefunden.“

„Das hat seine guten Gründe“, war die Antwort.
„Wieso?“ täte eine Stimme aus dem Hintergrunde.
„Erklären Sie sich deutlicher, Werner.“

„Amtsgeheimnis“, gab die mit wüßiger Mele zurück.
„Anfin“, rief der Sprechende lachend, „die ganze Geschichte ist, daß er um mein Willgeschaf auf einer Mastenherde weiß, die wir gemeinsam gefischt.“

(Fortsetzung folgt)

